

**Rede
von**

Holger Heymann, MdL

zu TOP Nr. 26

Abschließende Beratung

**Finanzierung des Landesanteils an den Kosten der
„Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU)“
für das Handwerk, die Bauwirtschaft und die Land-
wirtschaft in Niedersachsen dauerhaft sicherstellen**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 17/5829

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr

während der Plenarsitzung vom 27.10.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

das niedersächsische Handwerk mit seinen über 80.000 Handwerksbetrieben ist zufrieden mit unserer Landespolitik. Das wurde unserem Ministerpräsidenten erst jüngst bei seinem Besuch des Verbandes letzter Woche mitgeteilt.

Das niedersächsische Handwerk hat auch allen Grund zufrieden zu sein: Diese Landesregierung hat viel getan, um das Handwerk zu unterstützen und zu fördern. Besonders am Herzen dabei liegt ihr die Stärkung der dualen Ausbildung im Handwerk.

Deshalb werden die Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung für das Handwerk, für die Landwirtschaft und für die Bauwirtschaft – wie in der Förderperiode 2007-2013 auch – vollumfänglich mit ESF-Fördermitteln und Landesmitteln zu jeweils 50 Prozent gefördert.

Das sind jährlich 3 Millionen Euro an Landesmitteln als Kofinanzierung der ESF-Fördermittel. Diese Mittel sind in der MIPLA bis 2019 festgeschrieben. Eine Kürzung ist damit nicht vorgesehen.

Ich komme zum Punkt 3 Ihres Antrages: Stichwort Bürokratieabbau:

Aufgrund der ÜLU-Förderrichtlinie waren die Ausbildungsbetriebe bisher gezwungen, eine KMU-Erklärung abzugeben. Dies war mit bürokratischem Aufwand verbunden und wurde von den Ausbildungsbetrieben beklagt. Die Landesregierung hat umgehend reagiert und sich bei der Kommission der EU für eine Änderung der ÜLU-Richtlinie stark gemacht.

Das Ergebnis: Seit dem 1. Januar 2016 müssen die Ausbildungsbetriebe erstmals keine KMU-Erklärung mehr abgeben. Die Landesregierung hat somit das Handwerk von dieser bürokratischen Last befreit.

Punkt 3 Ihres Antrages also – Herr Bley – ist längst durch Handeln erledigt.

Nächster Punkt:

Die Kommission in Brüssel hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Vergabe der Fördergelder des ESF zu evaluieren. Im Grunde eine vernünftige Sache. Für die ÜLU-Förderung bedeutet dies, dass an alle an den Lehrgängen teilnehmenden Auszubildenden ein Fragebogen verteilt wird, den sie ausfüllen und abgeben müssen.

Gemeinsam mit den niedersächsischen Handwerkskammern ist es gelungen, den Fragebogen auf ein mögliches Mindestmaß zu begrenzen: Einmal im Rahmen ihrer Ausbildung müssen die Auszubildenden einen Fragebogen von vier Seiten ausfüllen, davon ist mehr als die Hälfte der Daten wie Namen, Ausbildungsbetrieb, Schulbildung usw. bereits maschinell eingetragen.

Darüber hinaus ist es der Landesregierung in Brüssel gelungen, die Toleranzgrenze auf eine 95-Prozent-Rücklaufquote herabzusetzen. Sollte auch diese Grenze mal nicht erreicht werden, werden die ESF-Kürzungen durch Landesmittel aufgefangen.

Voraussetzung ist, dass mindestens 90 Prozent verwertbarer Fragebögen der Zuwendungsempfänger vorliegen.

Die Landesregierung hat also alles getan, um die bürokratischen Hürden abzusenken, und die Erfahrung zeigt: Die Vorgaben aus Brüssel werden auch weiterhin nahezu von allen Zuwendungsempfängern in Niedersachsen erfüllt, die Rücklaufquote aus dem Bereich der Landwirtschaft beträgt sogar 100 Prozent.

Im Handwerksbezirk Oldenburg scheint es Probleme zu geben. Ich hoffe, dass hier noch Lösungen möglich sind. Ich habe vernommen, dass alle Seiten mit Hochdruck daran arbeiten. Statt konstruktiv mitzuarbeiten, macht es sich die CDU einfach:

Sie fordert die Landesregierung auf, dass das Land bei nicht ausreichenden Monitoring Daten auf jährlich drei Millionen ESF-Mittel dankend verzichtet und diese selbst finanziert.

Wir sind dagegen der Meinung, dass wir die drei Millionen sinnvoller und produktiver ausgeben können, zum Beispiel für die Unterstützung von Handwerksbetrieben, die jungen Flüchtlingen eine Ausbildung ermöglichen.

Die SPD Landtagsfraktion lehnt daher Ihren Antrag ab!

Wir sehen mit großer Spannung dem Haushaltsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion entgegen und sind gespannt, wie Sie die durch Verzicht auf EU-Gelder von Ihnen aufzubringenden zusätzlichen drei Millionen Landesmittel gegenfinanzieren wollen.